

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/71

Bonn, den 13. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Entspannung und Friedensordnung</u>	70

SED zum innerdeutschen Ausgleich aufgerufen

2	<u>Luxemburger Problematik</u>	39
---	--------------------------------	----

Wird die Montan-Umlage erhöht?

Von Dr. Hans Apel, MdB

3 - 4	<u>Sorgen um die Existenzsicherung</u>	95
-------	--	----

Die sozialpolitische Wirklichkeit ist unbefriedigend

Von Dr. Dr. Peter Fischer

5	<u>Wenn die Bundesdeutschen kommen...</u>	55
---	---	----

Der Kundendienst in der Tschechoslowakei

Von Igor Valentin, Prag

6	<u>Notstandsfall Ölpest</u>	47
---	-----------------------------	----

Die Lehren von "Torrey Canyon"

Entspannung und Friedensordnung

SED zum innerdeutschen Ausgleich aufgerufen

sp - Die Erklärung des Bundeskanzlers, gerichtet an den in der kommenden Woche beginnenden Parteitag der SED, ist ein erneuter Versuch der Bundesregierung der Großen Koalition, die Verbindung zwischen den beiden Teilen Deutschlands nicht abreißen zu lassen. Wahrscheinlich wird die Führung der SED es ablehnen, sachlich auf die Vorschläge der Bundesregierung einzugehen. Diese zu erwartende Haltung der SED-Führung entbindet die Bundesregierung jedoch nicht von ihrer Verpflichtung, den nur erdenkbaren Schritt vorzuschlagen, um zu einer Entkrampfung des Verhältnisses der beiden Teile Deutschlands zueinander zu gelangen und darüber hinaus auch vor der Weltöffentlichkeit zu bekunden, daß die Deutschen im freien Teil Deutschlands - unbeschadet zahlreicher grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Ostberlin und Bonn - den festen Willen haben, eigene Beiträge zur Entspannung in Europa zu leisten.

Der heute veröffentlichte Offene Brief des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die Delegierten des VII. Parteitages der SED ist nicht nur eine Unterstreichung der in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers enthaltenen Vorschläge. Der Offene Brief der SPD soll dokumentieren, daß die Deutsche Sozialdemokratie auch als Regierungspartei jenen Weg fortzusetzen gedenkt, den sie zu Beginn des Jahres 1966 - damals noch als Oppositionspartei - durch ihr Eingehen auf den SED-Vorschlag, zu einer offenen Aussprache zwischen Vertretern der SED und der SPD in beiden Teilen Deutschlands zu gelangen, eingeschlagen hatte.

Das Schicksal der damaligen SPD-Initiative ist bekannt. Das Zentralkomitee der SED hat die seinerzeit bereits vereinbarten Versammlungen, in denen jeweils Redner beider Parteien hatten zu Wort kommen sollen, durch seine Absage unmöglich gemacht, obwohl diese Versammlungen vom Zentralkomitee der SED selbst angeregt worden waren. Millionen Menschen in beiden Teilen Deutschlands hatten Hoffnungen daran geknüpft.

In ihrem jetzt veröffentlichten Brief an die Delegierten des SED-Parteitages verweist der SPD-Vorstand darauf, daß es in der Erklärung der Bundesregierung sachliche Berührungspunkte zu den zehn Punkten geben könnte, die der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter

Ulbricht, in seiner Neujahrsansprache als "unvermeidliche Schritte, die zuallererst gegangen werden müssen", bezeichnet hat.

Als erstes Echo aus Ostberlin zu der Initiative der SPD und des Bundeskanzlers war zunächst erneut die Behauptung zu hören, die Regierung Kiesinger-Brandt wolle nichts anderes als "die Unterwanderung der DDR". Man spricht auch von einer angeblichen Angst, die in Bonn vor der Möglichkeit herrsche, die DDR könnte sich eines immer größeren internationalen Ansehens erfreuen.

Diese Behauptungen stoßen ins Leere. In der Erklärung der Bundesregierung heißt es ausdrücklich, das Ziel der neuen Bundesregierung sei eine europäische Friedensordnung, die von allen Beteiligten als gerecht und dauerhaft empfunden werden kann. Die innerdeutsche Entspannung wird als Bestandteil und Funktion der europäischen Entspannung bezeichnet und als unlösbar miteinander verbunden erklärt.

Und in dem Offenen Brief der SPD an die Delegierten des SPD-Parteitages wird gesagt:

- * "Wir - die SPD - gehen davon aus, daß keine Seite der anderen
- * unzumutbare Vorbedingungen stellt. Diese Grundhaltung allein
- * kann eine innerdeutsche und europäische Entspannung herbei-
- * führen."

Diese Feststellung in dem Offenen Brief der SPD zielt auf die Hoffnung ab, man möge doch endlich auf der anderen Seite begreifen, daß die von der Mehrheit des deutschen Volkes in beiden Teilen Deutschlands angestrebte Entspannung in Europa unmöglich gemacht oder untraglich erschwert wird durch doktrinäre Ansprüche und durch Polemiken mit vergiftenden Unterstellungen. - Alle Völker Europas sehnen sich nach Frieden. Sie wünschen die Entspannung zwischen Ost und West und streben eine Friedensordnung an, die eine Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele ausschließt. Die Zeit des Kalten Krieges ist vorüber. Jeder Versuch, diese Zeit wieder heraufzubeschwören, richtet vor der Geschichte denjenigen, der ihn unternimmt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß, daß die Bemühungen um eine gerechte Friedensordnung in Europa stärker sind als doktrinäre Vorbehalte. Auch wenn der erneute Versuch zur Entkrampfung und Entspannung des Verhältnisses zwischen den beiden Teilen Deutschlands im Augenblick ohne sichtbares Ergebnis sein sollte, wird die SPD ihre Anstrengungen fortsetzen. Vor der Geschichte ist die SPD mit dieser Grundidee angetreten. Sie bleibt sich selbst treu.

Luxemburger Problematik

Wird die Montan-Umlage erhöht?

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl will die von ihr erhobene Umlage in Höhe von 0,25 v.H. erhöhen. Ursache ist die Krise der Steinkohle, des Eisenerzes und auch des Stahls. Sie mindert nicht nur die Einnahmen der Montan-Union. Gleichzeitig muß Luxemburg in starkem Maße Finanzmittel für die Überbrückung der Arbeitslosigkeit, die Umschulung der Arbeitnehmer und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bereitstellen. Die verfügbaren Reserven gehen zu Ende. Also muß die Steuerschraube angezogen werden.

Damit wird jedoch die ganze Problematik der Finanzpolitik der Montan-Union deutlich. Kohle und Stahl sollen in Zukunft auf ihren Umsatz höhere Steuern bezahlen, denn das ist die Umlage realiter, um ihre eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Das ist nicht nur ein Schulbeispiel für eine gefährliche pro-zyklische Finanzpolitik. Das erinnert auch ein bisschen an den Freiherrn von Münchhausen, der auch einmal versuchte, sich an seinem eigenen Schöpf aus dem Sumpf zu ziehen.

Der EGKS-Vertrag ist zu einer Zeit geschaffen worden, als Strukturkrisen allgemeiner Art nicht erwartet wurden. Die Väter der Montan-Union gingen von einer anhaltenden Kohlenknappheit aus. Anpassungsmaßnahmen waren nur im Ausnahmefall zu erwarten, wenn Grenzbetriebe schließen mußten. Dafür war die Methode praktikabel, daß alle gesunden Unternehmen der Montan-Wirtschaft dafür die Kosten zu übernehmen hätten. Jetzt finden wir eine völlig andere Situation vor. Kohle und Stahl sollen ihre eigene Umstellung finanzieren. Einer der Veranlasser der Krise, das Erzöl, ist daran nicht beteiligt.

Es ist in der guten Zeit, der Hochkonjunktur der Stahlindustrie, zu einer laufenden Senkung der Montan-Umlage gekommen. Jetzt wird das bedauert, denn die in den "fetten Jahren" erzielten Überschüsse sind unzureichend und zwingen die Montan-Union zur Erhöhung der Umlage in der Krise. Damit wird deutlich, daß dieser Weg auf die Dauer nicht mehr gangbar ist. Es ist auch in Zukunft denkbar, die Verwaltungsausgaben der Hohen Behörde und die Mittel für die Forschung über eine Umlage bei den Montan-Unternehmen zu finanzieren. Die enormen Mittel für die Überwindung der Strukturkrise in den Montanrevieren müssen dagegen durch Beiträge der Mitgliedstaaten aufgebracht werden. Die Entscheidung über die Koks-kohle-Subventionen in der Montan-Union hat den Weg dazu gewiesen.

Sorgen um die Existenzsicherung

Die sozialpolitische Wirklichkeit ist unbefriedigend

Von Dr. Dr. Peter Fischer

Wie auf vielen anderen Gebieten, so besteht auch in der Sozialpolitik keine vollkommene Deckung von Ziel und Wirklichkeit, von Leitbild und Praxis. Ist das Ziel die Sicherung der sozialen Existenz des Menschen und die Durchlässigkeit der Gesellschaft, so ist in der Wirklichkeit die Existenzsicherung auf nur einen Teil der Bürger beschränkt und es sind die Aufstiegsmöglichkeiten von der sozialen Herkunft nicht unabhängig. Sind die Leitbilder der Sozialpolitik klar und überschaubar, so ist in der Praxis gerade das Rentenrecht für den Nichtfachmann ein Buch mit sieben Siegeln. Wie so oft läßt sich über hohe Grundsätze leicht Einigkeit erzielen, doch der Teufel steckt im Detail.

Das wird besonders deutlich bei der Frage der Alterssicherung. Die Anerkennung dessen, daß jeder, der sein Leben lang gearbeitet hat, auch im Alter genug zum Leben haben soll, ist schnell erreicht, über die Frage aber, wie diese Alterssicherung aussehen soll, tun sich tiefe Gräben auf. Der eine fordert die Verantwortung des Staates für alle seine Bürger, der andere schwört auf die Einheitsversicherung, der andere auf eine Vielzahl von berufsständischen Versorgungseinrichtungen.

Die derzeitige Wirklichkeit jedenfalls ist, daß als Folge der geschichtlichen Entwicklung unseres Systems der Sozialversicherung in den wichtigsten Versicherungszweigen der Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung zwar ein guter Teil der Bevölkerung erfaßt wird, aber bei weitem nicht die ganze. Wer nicht Arbeitnehmer ist, wessen Einkommen eine bestimmte, bisweilen wechselnde Höhe übersteigt, ist nicht versicherungspflichtig oder Mitglied einer besonderen, berufsständischen Versicherung. Seine Begründung findet das in der Annahme einer angeblich geringeren Schutzbedürftigkeit der gut Verdienenden einerseits, dem die private Vorsorge zugemutet und eingeräumt wird und andererseits in der Zusammenfassung möglichst gleicher Risiken der Angehörigen eines Berufs in einer Kasse.

- * Wer sich jedoch die heutige soziale Wirklichkeit unserer Gesellschaft mit offenen Augen betrachtet, wird zugeben müssen, daß die Schutzbedürftigkeit in einem Volk, das in den letzten 50 Jahren zwei Inflationen mitgemacht hat, allgemein gestiegen ist und sich keineswegs mehr auf wenig verdienende Arbeiter und Angestellte beschränkt.

Auch der frühere leitende Angestellte und der ehemalige Bäckermeister sollten nicht Gefahr laufen, in ihrem Alter von der Fürsorge leben zu müssen, sondern in den Kreis einer umfassenden gesetzlichen Alterssicherung einbezogen werden. Die Tatsache, daß private Versicherungen nur das angesammelte Kapital zur Bezahlung ihrer Verpflichtungen verwenden können und eben dieses Kapital stets durch Geläwertverschlechterungen gefährdet ist, spricht gegen die alleinige Alterssicherung durch private Versicherungen. Hinzu kommt, daß die Ausdehnung der gesetzlichen Rentenversicherung ja nicht nur neue Rechte, sondern auch neue Pflichten schafft. Das Risiko, das auch die gesetzliche Versicherung trägt, wird auf mehr Schultern verteilt und damit ausgeglichen.

Das Problem des Risikoausgleichs stellt sich in besonderem Maße bei den heutigen berufsständischen Rentenversicherungen. Wer das Schicksal der Knappschaftsversicherungen, der Sozialversicherung der Bergleute, vor Augen hat, die notleidend geworden ist und nur mit Hilfe von enormen Staatszuschüssen ihren Verpflichtungen nachkommen kann, müßte gewarnt sein. Wer garantiert, daß dies nicht bei anderen berufsständischen Versicherungen auch eintritt? Und wer steht dafür ein, daß dann auch dort der Staat in den Säckel greifen wird? - Sicherlich gäbe es bei der Ausdehnung der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten auf weiteste Bevölkerungskreise ganz erhebliche Überleitungsschwierigkeiten; aber gibt es diese Schwierigkeiten nicht auch bei der Neuerrichtung von berufsständischen Versicherungen?

- * Eine allgemeine Versicherung würde auch zur Überschaubarkeit des Rentenrechts und der dort gegebenen Ansprüche beitragen. Dies erscheint dringend notwendig, denn die mangelnde Klarheit auf diesem so wichtigen Gebiet, die Verfilzung von Leistungen aufgrund verschiedenartiger Anspruchskategorien und anderes mehr ist längst ein öffentliches Ärgernis geworden.

Unsere Sozialversicherung ist weder dazu berufen, noch in der Lage, eine echte Einkommensumverteilung zwischen Reich und Arm in größerem Umfang herbeizuführen. Doch findet eine andere Umverteilung statt, und zwar in Gestalt eines Familienausgleichs. Die Beiträge eines Junggesellen und des Oberhauptes einer 7-köpfigen Familie sind gleich, die Versicherungsleistungen jedoch sehr verschieden. Hiergegen einzuwenden, daß es schließlich noch kein Verdienst sei, fünf Kinder zu zeugen, geht wohl am Kern der Sache vorbei. Nicht um das Verdienst geht es, sondern um die größere Schutzbedürftigkeit und darum, daß auch der Junggeselle eines Tages aus den Beiträgen, die anderer Leute Kinder darn zahlen, seine Rente beziehen wird.

Neben der Sicherung der Einzelpersonen durch das System der Sozialversicherung kommt den Sozialinvestitionen eine immer größere und auch in Zukunft noch wachsende Bedeutung zu. Hierunter ist all das zu verstehen, was die Gemeinschaft an Einrichtungen zur Gestaltung und Sicherung der menschlichen Existenz schafft und schaffen muß, weil sie über die Kraft des einzelnen hinausgehen. Vom Krankenhaus bis zum Fußballplatz, vom Kindergarten bis zur Universität - all das sind Sozialinvestitionen. Ihre Errichtung und Erhaltung kostet viele Milliarden, die aus unserem Sozialprodukt abgezweigt werden müssen.

- * Bei allen Anstrengungen, die in der Vergangenheit hierfür schon gemacht worden sind, kann man wohl nicht behaupten, daß der jetzige Zustand befriedigt - das Verhältnis von Sozialkonsum und Sozialinvestitionen ist noch zu ungünstig.

Selbstverständlich kann man nicht alles auf einmal haben, sicherlich auch nicht auf dem sozialen Gebiet. Aber auch hier lohnt es sich an die Zukunft zu denken, mehr an die Zukunft zu denken, als wir es jetzt tun. Dies bedeutet im öffentlichen Leben auch nichts anderes als im privaten: den Verzicht auf die Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse, um morgen etwas zu haben. Die Sorge um die Kinder hat der Eltern schon immer Opfer abverlangt - wie könnte es hier anders sein?

Wenn die Bundesdeutschen kommen...

Von Igor Valentin, Prag

Folgende Begebenheit gehöre, wie in den Prager Zeitungen zu lesen war, bereits der Vergangenheit an: Ein Wiener Tourist hatte sich im Rundfunk beschwert, daß ihm in einer Gaststätte in der Tschechoslowakei von einer Kellnerin eine verstaubte Mineralflasche mit einem angeklagten Glas auf den Tisch gestellt worden sei. So etwas gäbe es nun nicht mehr, denn selbst im kleinsten Provinzgasthaus beginne man zu begreifen, was man dem Fremdenverkehr schuldig sei. Die Lücke, die durch die Unterschätzung der Dienste für die ausländischen Touristen entstanden sei, müsse umgehend liquidiert werden.

Bei diesem Dienst an ausländischen Touristen geht man jetzt von der Erfahrung der beiden letzten Jahre aus, daß die meisten dieser Touristen aus der Bundesrepublik und aus Österreich (in PKWs oder Bussen) anreisen. In Westböhmen wird der Grenzübergang Waidhaus/Rozvadov (Rosshaupt) im mittleren Böhmerwald von den Touristen aus der Bundesrepublik am stärksten frequentiert. Von hier führt die Europastraße 4 über Pilsen, Prag und Königgrätz nach Schlesien und Warschau. Der Erfrischungsstand beim Zollamt dieses Grenzüberganges (eines idyllisch gelegenen Platzes inmitten des Waldes) wird jetzt erweitert und es wird eine Snackbar mit 50 Plätzen eingerichtet. Die Bundesdeutschen sollen es auch weiterhin gut haben: In Rosshaupt selbst wird das ehemalige Dorfgasthaus in eine Auto-Gaststätte umgebaut, man wird dort preiswert essen und trinken können. In Pilsen wurde ein neues Hotel Skoda mit einer Gaststätte eröffnet. Umgehend wird jetzt bei der Urquell-Brauerei direkt an der Europastraße ein Buffet eingerichtet (mit Pilsner Urquell natürlich). An den Straßen Pilsen-Prag und Pilsen-Karlsbad will man Gartenrestaurants sowie Auto-Gaststätten schaffen.

Wenn die Bundesdeutschen in diesem Jahr kommen, dann sollen sie auch Speisen erhalten, die sie als "Spezialität der böhmischen Küche" bisher oft vergeblich verlangt haben. Für einen Ausländer sei es, so behauptete eine Prager Zeitung, geradezu ein Abenteuer, die bekannten "Zwetschgenknödel" in einer Gaststätte zu bestellen. Das soll jetzt schon gründlich anders werden, weil man in jedem Gebiet der Tschechoslowakei übereingekommen sei, zur Befriedigung der Wünsche der ausländischen Touristen Spezialitäten der einheimischen Küche zu pflegen. Es habe keinen Sinn, den Touristen Schnitzel oder Beefsteak anzubieten, wenn sie etwas "Spezielles" erwarten. Fortan sollen sie diese Spezialitäten auch erhalten - gut zubereitet, schmackhaft serviert und (bitte sehr!) auch preiswert.

Man hat auch festgestellt, daß sich die ausländischen Touristen an den Grenzübergängen nur kurz aufhalten, daß sie schnell weiter und "etwas sehen" wollen. Dem trage man an den Straßen landeinwärts Rechnung. Wo es zumeist Gaststätten der III. Preisklasse gibt, die bisher auf den Fremdenverkehr nicht eingestellt waren. Die Anregungen und Hinweise für diese Gaststätten hätten bereits das Ergebnis gezeitigt, daß sich die Kerne der Tische und die Bedienung gebessert habe, daß die Speisekarten reichhaltiger geworden seien und daß man dort, wo die Bundesdeutschen und die Österreicher vorbeikommen, auch deutsch bedient. Um den Durst der ausländischen Touristen zu stillen, wurde schon jetzt Vorsorge getroffen, daß die Gaststätten in Südböhmen mit Budweiser und die in Westböhmen mit Pilsner Bier während der Saison ausreichend beliefert werden. -- Unser Gast - unser Herr! So lautet ein tschechisches Sprichwort. Besonders willkommen ist er heute, wenn er gute westliche Devisen bringt.

Notstandsfall Ölpest

Die Lehren von "Torrey Canyon"

sm - Der auf den Klippen vor der Südwestküste Englands gestrandete Riesentanker "Torrey Canyon" hat der ganzen Welt eindrucksvoll vor Augen geführt, was eine Ölpest in unseren Tagen bedeutet. Aber schon projektieren die Werften Riesentanker, die möglicherweise eines Tages 500 000 Tonnen Erdöl über die Meere schleppen sollen. Auch diese Tanker können Grundberührung bekommen und auslaufen. Die dann entstehende Ölpest käme einer riesigen Katastrophe für ganze Staaten an Nebenmeeren gleich.

Vor gut einem Jahr kollidierte der Tanker "Anne Mildred Brøvig" bei Helgoland. Auch damals gab es schon eine Ölpest, wenn auch geringeren Ausmaßes. Aber seit Jahresfrist ist auch die Bundesrepublik mit einem Problem konfrontiert, das jetzt dem britischen Premierminister Harold Wilson so erhebliches Kopfzerbrechen bereitet hat. Es führt nichts daran vorbei: Die Bundesregierung muß für den Notstandsfall der Ölpest schon heute Vorsorge treffen.

Die ersten Hinweise dazu haben der SPD-Landtagsabgeordnete Stojan von der Insel Sylt und der FDP-Bundestagsabgeordnete Dorn aus Werthol (Nordrhein-Westfalen) gegeben. Stojan schlägt vor, Vorratslager von Erdöl vernichtenden Chemikalien anzulegen und notfalls zwischen den Nationen auszutauschen. Dorn fragt die Bundesregierung, welche Konsequenzen sie aus dem Fall "Anne Mildred Brøvig" gezogen hat.

Zunächst einmal geht es um das See- und Völkerrecht. Die Bundesregierung ist Teilnehmer der Genfer Seerechtskonferenz. Es kommt hier zunächst darauf an, unter den Staaten die Meeresanlieger sind, bestimmte Vereinbarungen zu treffen. Ihnen muß auch dann die Gewalt über Öltransporter gegeben werden, wenn sie außerhalb ihrer Hoheitsgewässer havariert oder gestrandet sind. Es darf nicht weiterhin geltendes Recht sein, daß ein auslaufender Tanker erst dann von den Ölpest-Bekämpfungsmannschaften betreten werden darf, wenn der Kapitän das Schiff aufgegeben hat. Die Ölpest vor England wäre wesentlich geringfügiger gewesen, wenn die britische Flotte früher an die "Torrey Canyon" herangekommen wäre und sie geleichtert hätte.

Dann ist da die mit Recht von Stojan angesprochene Frage der Chemikalien zur Bekämpfung der Ölpest. Hier ist zunächst ein Forschungsauftrag an die chemische Industrie vonnöten, den die Bundesregierung möglichst schnell herausgeben sollte. Noch befriedigen die Chemikalien zur Beseitigung der Ölpest nicht vollständig. Dann wäre es gut, wenn in den vorgeschobenen Stützpunkten der Bundesmarine große Vorräte von Chemikalien zur Bekämpfung der Ölpest angelegt würden.

Schließlich geht es um die Frage der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern. Die Völkerrechtsverträge in der Genfer Seerechtskonferenz müssen durch den Bund erfolgen. Für die Chemikalien-Fragen wäre eine Arbeitsgemeinschaft der vier norddeutschen Küstenländer gut. Dabei wäre auch zu klären, ob das nötige Geld für die Chemikalien aus der Bundeskasse oder anteilig aufgrund von Staatsverträgen von den vier norddeutschen Ländern aufgebracht werden soll.